

# Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Tageszeitung

德華日報

中華郵政特准掛號立券之報紙

Eingetragen als Zeitung  
auf dem Chinesischen Postamt.

8. Jahrgang

Tientsin, Mittwoch, den 10. März 1937.

Nr. 1976

## Dunkle Kräfte nutzen die Vorgänge in Ungarn aus

### Deutschland hat nichts mit den Vorgängen in Ungarn zu tun

Berlin, den 8. März (Transocean C.N.) Hier heisst es, dass in der ausländischen Presse Berichte erscheinen, die in Zusammenhang mit den jetzigen politischen Ereignissen in Ungarn deutschfeindliches Fühlen erregen sollen. In einigen dieser Berichte werden die Namen deutscher offizieller Persönlichkeiten in Budapest genannt, darunter der deutsche Gesandte von Mackensen und der Presseattaché der deutschen Gesandtschaft, Freiherr von Hahn. Diese Persönlichkeiten sollen in gewisse Vorgänge staatsgefährlichen Charakters verwickelt sein. Diese Behauptungen sind die reine Brunnenvergiftung. Sie beweisen ausserdem, dass ihre Väter sich ihre Geschichten aus den Fingern gesogen haben, sagt eine halbamtliche Stellungnahme.

Zunächst sei der deutsche Gesandte in Budapest von Mackensen schon am 1. März auf dreiwöchigen Urlaub aus Budapest abgereist, Freiherr von Hahn befinde sich gegenwärtig in Tirol, wo er von einem Grippeanfall Erholung suche. Er gedenke in den nächsten Tagen wieder auf seinen Posten zurückzukehren, was schon der schlagendste Beweis gegen die lägerische Behauptung sei, dass er aus Ungarn ausgewiesen sei.

Auch eine andere amtliche Stelle erteilt denen eine scharfe Antwort, die glauben machen wollen, dass Deutschland mit seinen engen Banden der Freundschaft zu Ungarn auch nur eine Minute daran denke, sich in Ungarn innere Angelegenheiten einzumischen. Jeder Versuch, aus den jetzigen Schwierigkeiten Ungarns Nutzen zu schlagen, würde unverantwortlich sein, sagt die betreffende Stelle und deutet mit dem Finger auf gewisse jüdische Kreise in Ungarn.

Unter den Morgenzeitungen, die sich mit der Angelegenheit beschäftigen, befindet sich der „Angriff“, der seinen Lesern versichert, Deutschlands Haltung Ungarn gegenüber sei alle Zeit unbedingt einwandfrei gewesen. Gewisse Kreise hätten sich daran gemacht, Gerüchte von einem bevorstehenden Rechtsputsch in Ungarn mit angeblich deutscher Unterstützung in Umlauf zu setzen, nur um damit die Aufmerksamkeit von der in Ungarn immer höher gehenden Woge des Antisemitismus abzulenken.

### Putsch in Ungarn verhütet?

Berlin, den 8. März (Transocean C.N.) In einer eingehenden Uebersicht über die kritische Lage, die in Ungarn in der letzten Woche geherrscht hat, schreibt der Berichterstatter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ aus Wien, dass Ungarn vor einer schweren Krise stehe und dass der Ministerpräsident Daranyi nur dadurch einen „Putsch“ des rechten radikalen Flügels mit knapper Not habe verhindern können, dass er rechtzeitig von den Plänen Kenntnis erhalten hätte.

Die ungarische Presse lässt äusserste Vorsicht walten, und amtliche Kreise halten sich ebenfalls bei ihren Aeusserungen zurück. Es heisst aber, dass verschiedene bedeutende Aenderungen in der Regierung bevorstehen und dass eine Anzahl von Verhaftungen geschehen sei.

Der Abgeordnete der Regierungspartei, Bela Marton, gilt allgemein als der Anstifter des geplanten Putsches. Er war, wie es heisst, eng befreundet mit dem verstorbenen Ministerpräsidenten Gömbös und erfreute sich als Generalsekretär der Regierungspartei ausgedehnter Macht. Wie die Gerüchte, die jetzt im Umlauf sind, besagen, hat er sogar damals Gömbös veranlassen wollen, eine diktatorische Form der Regierung einzuführen. Nachdem aber Gömbös gestorben und Daranyi an die Macht gekommen war, ging sein Einfluss zurück.

Wenn man den Gerüchten und Hindeutungen der Presse Glauben schenken darf, so hatte die rechtsradikale Gruppe vor, Mussolinis Marsch auf Rom durch einen ähnlichen Marsch auf Budapest zu wiederholen und durch geballte Machtkundgebung den ungarischen Reichsverweser, Admiral von Horthy, und die Regierung vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Das Endziel war, die Regierung zu stürzen und die Diktatur zu errichten.

### Die Wahrheit über die Lage in Ungarn Jüdische Gerüchtemacherei

Budapest, den 8. März (Transocean C.N.) Im Zusammenhang mit den beunruhigenden Gerüchten über die geplante Ueberwältigung der ungarischen Regierung und die Errichtung einer Diktatur durch die Rechtsradikalen äusserte sich der Abgeordnete der Volkspartei, Dr. Franz Rajuiss, dem Vertreter des deutschen Nachrichtenbüros gegenüber, dass gewisse Gruppen, die das Anwachsen des Nationalismus im Lande erbittert bekämpfen, diese Gerüchte in ganz Europa in Umlauf gesetzt hätten. Die rechten Gruppen seien bisher noch nicht geeint, aber der nationale Geist mache sich immer mehr fühlbar in der antisemitischen Einstellung und der Forderung nach grundlegenden sozialen Massnahmen zu Gunsten der Arbeiter und Bauern.

Dr. Rajuiss hielt es für ganz natürlich, dass ein starker Geist der Freundschaft und der Einheit des Zieles die ungarischen Nationalisten mit Deutschland und Italien verbindet. Der liberale und jüdische Einfluss jedoch, der in der Regierung die Oberhand habe, suche das Streben der Rechten durch verschiedene Machenschaften zu schwächen, von denen die Aussprengung von Gerüchten über den beabsichtigten Putsch ein deutliches Zeugnis ablege.

Zu den Meldungen in der ausländischen Presse sagte er, dass die liberalen Zeitungen in Ungarn und Oesterreich, Frankreich und England, sogar so weit gegangen seien, dass sie behaupten, deutsches Geld gehe nach Ungarn, um den Gedanken des alldutschen Bundes zu stärken und die ungarische faschistische Organisation vom „Bogenkreuz“ zu unterstützen; Unverantwortliche Elemente hätten ähnliche Auffassungen in Massenversammlungen und sogar in den Wandelgängen des Parlaments ausgesprochen, ohne dass sich jemand dagegen verwahrt hätte.

In nationalen Kreisen, sagte er, wird die Forderung immer dringender, dass die Regierung der Hetze von links ein Ende mache und die Forderungen der nationalen Gruppe in der ungarischen Politik anerkenne. Das Ziel seiner Partei, sagte Dr. Rajuiss zum

Schluss, sei die Eroberung Ungarns für die Ungarn auf dem Wege einer sozialen Neuordnung und einer anständigen nationalen Politik.

### Amtliche Erklärung der ungarischen Regierung

Budapest, den 8. März (Transocean C.N.) Die ungarische Regierung bestritt am Montag abend durch das ungarische Nachrichtenbüro ganz entschieden alle Meldungen von Putschversuchen.

Sie sagt in der Erklärung, dass sich in Ungarn nichts ereignet habe, was die öffentliche Ordnung, die innere Ruhe und den Frieden stören und gefährden könnte. Keine bewaffnete Organisation sei mit staatsfeindlichen Plänen beschäftigt.

Falsche Gerüchte seien in die Welt gesetzt worden, weswegen der Justizminister die Staatsbehörden angewiesen habe, mit aller Energie vorzugehen gegen alle solche Versuche, den Frieden des wirtschaftlichen Lebens des Landes zu stören. Es seien Massnahmen getroffen worden, diejenigen zu strafrechtlicher Verantwortung zu ziehen, die sich dabei betreffen lassen, dass sie zu Agitationszwecken wesentlich falsche Gerüchte in die Welt setzen.

### Alles ruhig in Budapest

Budapest, den 8. März (Transocean C.N.) Der Bürgermeister von Budapest, Ferenczy, sagte am Montag im Stadtrat, dass kein Vergehen seitens der rechtsradikalen Gruppen erfolgt sei, das zu Besorgnis oder Befürchtungen Anlass geben könnte. Die Nachrichten von einem beabsichtigten Putsch nannte er beunruhigende Gerüchte, in die Welt gesetzt von der Opposition.

### Jüdischer Journalist in Ungarn verprügelt

Budapest, den 8. März (Transocean C.N.) Einige ungarische Studenten verprügelten am Montag den jüdischen Zeitungsschreiber Paul Ignotus wegen eines Aufsatzes, den er in der liberalen Zeitung „Esti Kurier“ hatte erscheinen lassen. Der Ueberfall geschah in der Redaktion des Blattes. Nachdem Ignotus zugegeben hatte, dass er den fraglichen Artikel geschrieben hatte, schlugen ihn zwei Studenten der Gruppe nieder und verwundeten ihn erheblich mit Schlagringen und Gegenständen der Ausstattung des Raumes. Die beiden Studenten sind verhaftet worden.

## Aus Deutschland

### Postmarke mit dem Bilde des Führers

Berlin, den 8. März (Transocean C.N.) Die deutsche Reichspost macht bekannt, dass der Entwurf und die Ausgabe einer Sondermarke zum Geburtstag des Führers angeordnet worden sind. Die Marke wird den Kopf des Führers zeigen.

### Wie Deutschland die Kosten der Ueberwachung zahlen will

Berlin, den 8. März (Transocean C.N.) Finanzkreise schätzen die Kosten der Teilnahme Deutschlands an der internationalen Seeüberwachung an der spanischen Küste auf monatlich 12 000 Pfund Sterling während der Dauer eines Jahres. Sie sagen, dass der augenblickliche Vorrat Deutschlands an ausländischer Währung diese Ausgabe nicht gestattet. Man sagt, dass die Reichsregierung bereit ist, dem Nichteinmischungs-Ausschuss sofort 200 Pfund zur Verfügung zu stellen und eine weitere Gesamtsumme von 12 000 Pfund zu zahlen. Sollte ein höherer Anteil nötig sein, dann würde sich die Frage ergeben, ob dies nicht durch Lieferung von Waren geschehen könne. Sollten die anderen Mächte damit einverstanden sein, würde sich eine internationale Besprechung der Nationen, die sich an der Seekontrolle beteiligen, zur baldigen Regelung dieser Frage empfehlen.

### Erfolg der Automobilausstellung

Berlin, den 9. März (Transocean C.N.) Nach den heutigen Zeitungen ist die Internationale Automobilausstellung, die gestern hier ihre Pforten schloss, ein grosser Erfolg gewesen. Im Ganzen hatten die Ausstellung etwa 750 000 Menschen besucht, also etwa 10% mehr als im Vorjahre. Am letzten Tage kamen noch etwa 78 000 Besucher mit Sonderzügen und Autobussen, um die Ausstellung besichtigen zu können.

Auch vom geschäftlichen Standpunkte war die Ausstellung ein voller Erfolg. Die Beschauer haben so grosse Aufträge gegeben, dass die Automobilindustrie in den kommenden Monaten vollauf zu tun haben wird. Einige grosse Konzerne haben so reichliche Aufträge erhalten, dass ihre Erzeugung bis Ende des Jahres völlig ausverkauft ist. Ein beträchtlicher Teil der Aufträge kam von ausländischen Käufern, die zweimal so viel gekauft haben, wie im vorigen Jahre.

### Aufruf zur Einigkeit in der evangelischen Kirche

Berlin, den 9. März (Transocean C.N.) Alle Gruppen der deutschen evangelischen Kirche rufen jetzt angesichts der kommenden Kirchenwahlen zur Einigkeit auf. Im Augenblick ist noch nichts über den tatsächlichen Wahlvorgang bekannt, aber schon jetzt beginnen die deutschen Pastoren mit ihrer Werbung für eine vollständig geeinigte evangelische Kirche, in der Hoffnung, die Wahl zur Erreichung dieses Zieles ausnutzen zu können.

So hat der Bund deutscher evangelischer Pastoren einen Aufruf an alle evangelischen Christen erlassen, sie sollten sich auf der alten Grundlage des Reformationsglaubens einigen, weil nur eine Kirche, die in allen ihren Gliedern bereit sei, einen Glauben aufrecht zu erhalten, imstande sein werde, ihre Sache bis zum krönenden Erfolge durchzuführen.

In ähnlichem Sinne klingt die Mahnung, die der frühere Vorsitzende der deutschen evangelischen Synode, Freiherr von Pechmann, und Dr. Luther, veröffentlicht haben. Sie sagen, die Kirche werde alles zu fürchten, nichts aber zu hoffen haben, wenn sie die Uneinigkeit nicht überwinden könne. Auch die sächsische lutherische Kirche schliesst sich diesem Aufrufe an.